

Humanistische Union

Verboten ist, den Frieden zu verbieten

Mitteilungen Nr.175 S. 86-67

Anmerkung der Red.: Die HUMANISTISCHE UNION unterstützt mit Vorstandsbeschluß vom 1. Juli 2001 die nachfolgende Erklärung sowie ein für den 1.und 2.Dezember in Berlin geplantes Symposium zum Thema „Zur Notwendigkeit der Aufhebung des Betätigungsverbots der Kurdischen Arbeiterpartei in Deutschland“ (vorläufiges Programm siehe unten).Die Tagung möchte sich grundlegend mit der Frage der Aufhebung des PKK Verbots in Deutschland auseinandersetzen.

Zahlreiche Unterzeichnende aus verschiedenen politischen Spektren von CDU bis hin zu PDS sowie weitere Bürgerrechtsorganisationen fordern inzwischen, das vom damaligen Bundesinnenminister Kanther am 23. November 1993 erlassene Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu beenden.Seit einiger Zeit hat die PKK in der Türkei einen einseitigen Waffenstillstand verkündet und verschiedene kurdische Organisationen bemühen sich sichtlich um einen offenen, menschenrechtlichen Dialog für eine nachhaltige Lösung der Kurdischen Frage. Dies setzt jedoch eine Aufhebung des Betätigungsverbotes voraus. Wer Menschenrechte verwirklichen möchte, sollte keine Seite per Verbot von einem Friedensdialog ausschließen, weder in der Türkei noch anderswo.

Aufruf an die Bundesregierung zur Aufhebung des Betätigungsverbots der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Deutschland

Die in Deutschland immer noch verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) hat einseitig und ohne Gegenleistung die Fortführung des bewaffneten Kampfes eingestellt: In Erwartung, dass die aufrichtige Geste des Friedens den Dialog zu einer friedlichen und demokratischen Versöhnung in der Türkei ermöglicht. In der Hoffnung, dass die international anerkannten Rechte auch der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und international bestätigt werden. Um den historischen Konflikt endgültig zu lösen, den Krieg zukünftig unmöglich zu machen, um die Türkei auf dem gemeinsamen Weg nach Europa als demokratische Zivilgesellschaft einzurichten. Soll diese große Hoffnung weiterhin verboten sein?

- Die Aufhebung des PKK-Verbotes, die erst den freien, offenen Dialog zwischen allen Beteiligten ermöglicht?
- Die Annahme des Friedensangebotes als Beispiel für die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei?
- Die zur Versöhnung ausgestreckte Hand, die nur ergriffen

werden kann, wenn allen Partnern des Friedensprozesses zivilgesellschaftliche Anerkennung gilt?

- Die erklärte Bereitschaft, die großen Opfer und die schrecklichen Wunden der Vergangenheit gemeinsam aufzuarbeiten?
- Der legitime Wunsch, die freie und ungehinderte Tätigkeit der PKK und aller kurdischen Vereine in Deutschland auch zu legalisieren?

Die Aufhebung des längst überflüssigen Verbots der PKK sollte den ersten und wichtigsten friedenspolitischen Schritt der Bundesrepublik zur Beendigung des türkisch-kurdischen Konflikts ermöglichen. Die nachhaltige Lösung der Kurdenfrage ist nur unter Einbeziehung aller Parteien und Gruppen aussichtsreich.

Das noch geltende Verbot hemmt und ignoriert den strategischen Wechsel der PKK und dessen positive Auswirkungen innerhalb des kurdischen Volkes im deutschen Exil und diffamiert es als eine Menschengruppe „zweiter Güte“. Der innere Frieden in Deutschland, das Zusammenleben zwischen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft, wird belastet durch ein antiquiertes Verbot, das als ein wesentlicher Stimulus für die anwachsende Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande fortwirkt.

Die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK bedeutet einen Verlust nur in Form der Aufgabe eines riesigen geldverzehrenden Überwachungsapparates der Polizeien und

Geheimdienste, da die Kurden mit ihrer neuen Strategie ihre Arbeit, ihre Organisationen und ihre Absichten noch stärker öffentlich präsentieren möchten. Die Abschaffung dieses Repressionsapparates bedeutete einen großen Schritt in Richtung auf die Verwirklichung des Friedens und wäre alles das: menschlich, demokratisch und vernünftig.

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen unterstützen das Symposium im Dezember 2001 in Berlin und die Kampagne „Verboten ist es, den Frieden zu verbieten“.

Die Bundesregierung rufen wir auf, Schritte zur Aufhebung des PKK-Verbotes einzuleiten und sich für eine friedenspolitische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen.

Trägerkreis:

YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), HUMANISTISCHE UNION e.V., IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), medico international, AZADI e.V. (Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland)

UnterstützerInnen (Anfang August 2001):

A. Goeder-Bade (RA-Angestellte), Angelika Lex (Rechtsanwältin, Deutsch-Kurdische-Gesellschaft e.V., München), Anni Pues (Rechtsanwältin), A. Roeder-Bode (Rechtsanwalt Angestellter), Astrid Aengenheister (Rechtsanwältin), A. Sturkenboom (MOCAKAUK-Amsterdam), Autonome Antifa (Göttingen), Baki Coskun (Rechtsanwalt), Barbara Volhard (Unabhängige Frauen, Freiburg), Bernd Grubba (Büroleiter einer Anwaltskanzlei, Bonn), Birgit Gärtner (Journalistin), Dr. Burhan Elturan (Indiana University), Carl Heydenreich (Rechtsanwalt), Carsten Hübner (MdB/PDS), Christian Arndt

(Pastor), Christian Babel (PDS); Christine Dombrowsky (Archiv 415 – Die Trikont Bärcher in ihrer Zeit), Dagmar Rüdénburg (ver.di), Dagmar Schusterbauer (Pax-Christi, Lahnstein), Detlef Hartmann (Rechtsanwalt), Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Dino Frisullo (Italien), Dons Karb (Mission-Entwicklung-Frieden St.-Martin, Lahnstein), Doris Emhart, Dr. Heinz-Jürgen Schneider (Rechtsanwalt), Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU), Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt/Publizist), Dündar Kelloglu (Rechtsanwalt), Elard Biskamp (Rechtsanwalt), Erol Yildirim (Rechtsanwalt), Evrim Baba (MdB/PDS), Flüchtlingsrat Wiesbaden, Friedel Grützmacher (MdB, B90/Die Grünen), G. van Leemput (Study centre on Turkey, Niederlanden), Gerhard Diefenbach (Vorsitzender der Aachener Friedenspreis e.V.), Gisela Penteker (IPPNW), Gisela Wiese (Pax-Christi, Hamburg), Giyasettin Sayan (MdB/PDS), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Uni-Köln), Prof. Dr. Georg Auernheimer (Uni-Köln), Dr. Hans Georg Berghausen (DKP), Hans-Georg Schudell (Rechtsanwalt), Heidi Lankisch (medienagentur für menschenrechte – mfm), Heidi Lippmann (MdB/PDS), Heike Geisweid (Rechtsanwältin), Heike Krause (Rechtsanwältin), Herwig Putsche (Flüchtlingsberater der Diakonischen Flüchtlingshilfe im Main-Kinzig-Kreis e.V.), Prof. Helmut Dahmer (TU-Darmstadt), Hendrikk Guzzoni (Fraktionsvorsitzender, Unabhängige Frauen und Linke Liste), HUMANISTISCHE UNION e.V. (HU), Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU), Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Irene Vogel (Unabh. Frauen), Johannes Pausch (Rechtsanwalt), Jörg Detjen (PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln), Junge Linke Wesel, Karin Leukefeld (Freie Journalistin), Katja Treiber-Lehmann (PDS-NE), Klemens Roß (Rechtsanwalt), Kulturprojekt nn-tv (Bonn), Kurdischer Student(inn)enverband (YXK), Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung e.V., Kurdistan Informations-Zentrum e.V. (KIZ), Kurdistan Solidarity Committee UK, Lilo Radermacher (Gewerkschaftsekräterin), Lord Avebury (Britischer Parlamentarier), Lord Rea (Britischer Parlamentarier), Luckenbach (Linke Liste, Freiburg), Manfred Kastner (DKP/VVN-BdA und ver.di), Maria Viethen (Rechtsanwältin, B90/Die Grünen), Mariagerogia Bootz (Linke Liste, VVN/BdA), Martina Herrmann (Unabh. Frauen, Freiburg), Mehmet Sahin, Michael Heim (Rechtsanwalt), Michael Moos (Rechtsanwalt und 1. Vorsitzender der Vereinigung baden-württembergischer Strafverteidiger), Michaela Ostermeier (ver.di), Nikolaus Brauns (Vorstandsmitglied der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e.V. und Vorstandsmitglied der PDS München), Norman Paech (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), Peace in Kurdistan Campaign (Großbritannien – UK), Peter Avras (Mission-Entwicklung-Frieden St.-Martin, Lahnstein), Peter Strutynski (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag), Prof. Wolf-Dieter Narr (Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie), Rainer Ahues (Rechtsanwalt/ Vorstandsmitglied des Republikanischen Anwaltsvereins), Roland Sperling (PDS), Rosa-Luxemburg-Bibliothek (Bonn), Rote Hilfe (Ortsgruppe Duisburg), Sabine Paris (Rechtsanwältin), Schalinalad Farrokhlizad (Uni-Köln), Sengül Senol (PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln), Silke Keck (Unabh. Frauen), Stefan Olbrich (Rechtsanwalt), Tim Engels (VVN-BdA Neuss), Thomas Schmidt (Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM)), Thomas Schneider (Kolpingfamilie), Thomas Schmidt (Mitarbeiter von amnesty international Berlin) St.-Martin, Lahnstein), Willem Wildschut (Solidaritätsgruppe Kurdistan, Niederlanden), Dr. Winfried Wolf (MdB/PDS), Wolfgang Gehrcke (MdB/PDS), Wolfgang Jungheim (Pax-Christi, Nassau-Lahnstein),

Zeitungsprojekt „Nullnummer“ (Bonn),
Für weitere Unterstützungserklärungen bitte Aufruf
kopieren und unterschrieben zurücksenden an YEK-KOM;
Graf-Adolf-Str. 70a; 40210 Düsseldorf; Tel: 02 11-17 11 451;
Fax: 02 11-17 11 453; e-mail: yekkom@gmx.net)

Wir möchten einladen

Zur Beteiligung an einem Symposium, das sich ausführlich und
grundlegend mit der Frage der Aufhebung des PKK Verbots
auseinandersetzen will, um in demokratisch offener und auch
kontroverser Diskussion die historischen Auswirkungen der
Verbotsmaßnahme auf den Versöhnungsprozeß in der Türkei
und die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik zu erörtern.
Um, nach unserer Erwartung, eine öffentliche Stellungnahme
zu erreichen, die zu einer wirkungsvollen Initiative
für die endlich wieder legale Tätigkeit und freie Partizipation
der Kurden in Deutschland gerät.

Die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK bedeutet
einen Verlust nur in Form der Aufgabe eines riesigen geldverzehrenden
Überwachungsapparates der Polizeien und
Geheimdienste, da die Kurden mit ihrer neuen Strategie
Arbeit, ihre Organisationen und ihre Absichten noch stärker
öffentlich präsentieren möchten. Die Abschaffung dieses Repressionsapparates
bedeutete einen großen Schritt in Richtung
auf die Verwirklichung des Friedens und wäre alles das:
menschlich, demokratisch und vernünftig.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/publikation/verboten-ist-den-frieden-zu-verbieten/>

Abgerufen am: 19.10.2026